



Die Europäische Parlamentarische Woche 2016

Bericht von der Europäischen Parlamentarischen Woche am 16.
und 17. Februar 2016 in Brüssel

*Am 16. und 17. Februar haben sich Parlamentarier der EU-Mitgliedstaaten und die Abgeordneten des Europäischen Parlaments zur **Europäischen Parlamentarischen Woche** zusammengefunden. Die diesjährige Europäische Woche gab den Abgeordneten die Möglichkeit, sich über aktuelle Fragen der Europäischen Union insbesondere aber über die wirtschaftspolitische Koordinierung auszutauschen. Im Rahmen dieser Woche haben sich auch die Parlamentarier jener Staaten getroffen, die den Fiskalvertrag unterzeichnet haben. Die sogenannte „Konferenz nach Artikel 13“ des Fiskalvertrags ermöglicht den Austausch über wirtschafts-, sozial- und finanzpolitische Fragen sowie die Diskussion über die Umsetzung von Reformen in den jeweiligen Vertragsländern.*

Für die SPD-Bundestagsfraktion habe ich sowohl an der Artikel 13 Konferenz als auch an der Europäischen Woche teilgenommen.

Bereits am Montag trafen sich die politischen Parteienfamilien zu getrennten Gesprächen. Am Dienstag eröffnete der EU-Parlamentspräsident Martin Schulz die Debatte, an der auch der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und der Präsident des Europäischen Rats Donald Tusk teilnahmen.

In der Diskussion habe ich darauf verwiesen, dass Sigmar Gabriel zurecht einen neuen Anlauf in der europäischen Zusammenarbeit gefordert hat. In seinem am Montag dem 15.2 in der FAZ erschienenen Artikel „Die Zukunft einer großen Idee“ forderte Gabriel die Bereitschaft aller Mitgliedstaaten zu einem Lastenausgleich. Deutschlands Aufgabe müsse es sein, bei dieser Entwicklung voranzugehen. Denn ohne eine Wiederbelebung des europäischen Einigungsgedankens könne Deutschland die Herausforderung der Flüchtlingsaufnahme nur schwer bewältigen. Ohne die notwendige europäische Solidarität wird es aber auch einigen europäischen Staaten nicht möglich sein, die hohen Arbeitslosenzahlen zu bekämpfen. Mein Fazit: Wir müssen alle wieder aufeinander zugehen und erkennen, dass wir uns gegenseitig brauchen.

19.02.2016

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: +49 30 227-7 10 20, Fax: +49 30 227-7 61 70,
Joachim.poss@bundestag.de

Joachim Poß

In den Diskussionen am Mittwoch standen wirtschafts- und finanzpolitische Fragen im Vordergrund. Trotz der aktuellen Herausforderung in der Flüchtlingsfrage ist die wirtschaftliche Krise in vielen Ländern noch nicht überwunden.

Der Vorsitzende der Eurogruppe und niederländische Finanzminister Jeroen Dijsselbloem ist in seinem Bericht insbesondere auf die europäische Wettbewerbsfähigkeit eingegangen. Deswegen habe ich die Plenardebatte am Mittwoch genutzt, um ihn auf die niederländische Steuerpolitik anzusprechen. Ich wies daraufhin, dass ein wirksamer Kampf gegen Steuerdumping wichtig wäre, um verlorengegangenes Vertrauen in der Bevölkerung zurückzugewinnen. Seit Jahren nutzen multinationale Konzerne die niederländischen Steuerdumpingregeln, um ihre Gewinne kleinzurechnen und Steuern zu sparen. Diese Steuerschlupflöcher schädigen bekanntlich nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit Europas als Ganzes, sondern gehen zulasten der ehrlichen Steuerzahler und Mittelständler. Ich habe Herrn Dijsselbloem deshalb gefragt, ob die niederländische Regierung die Chance ihrer EU-Ratspräsidentschaft nutzen will, um die einschlägigen Steuerdumpingregeln abzuschaffen. Eine konkrete Antwort ist der niederländische Finanzminister mir schuldig geblieben. Deswegen habe ich mir vorgenommen, mich in dieser Angelegenheit nochmals schriftlich an Herrn Dijsselbloem zu wenden.

Enttäuscht hat mich, dass keiner der Referenten auf die Faktoren eingegangen ist, die den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in zahlreichen Ländern dämpfen: Vetternwirtschaft, Klientelismus, Korruption und Steuerhinterziehung. Ich habe in der Debatte deutlich die Auffassung vertreten, dass ohne wesentliche Fortschritte bei der Lösung dieser Probleme, eine Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Menschen in vielen Mitgliedstaaten nicht zu erwarten ist.

Insgesamt hat die diesjährige Parlamentarische Woche zu einem besseren Verständnis der unterschiedlichen Positionen beigetragen. Es war gut, dass die Europäische Parlamentarische Woche 2016 in der Woche stattgefunden hat, in der auch ein entscheidender EU-Gipfel stattfand. Der Konferenzverlauf insgesamt war von mehr Sachlichkeit und Konstruktivität geprägt als es bei den vorangegangenen Konferenzen der Fall war. Das lässt mich in der äußerst schwierigen Situation ein bisschen optimistisch sein.